

Der Blick auf das Ganze

Dorothea Schmidt

Gefahren beschwören, Risiken leugnen: rechte Parteien und Sozialstaat

„Es ist die Angst der Menschen, der Österreicher in dem Fall, vor dem Verlust der eigenen Identität. Alle politischen Parteien, sogar ein Teil der Wirtschaft, funktionieren über die Angst, über das Geschäft mit der Angst...“ – so offenherzig beschrieb der FPÖ-Funktionär und damalige Staatssekretär Eduard Mainoni 2004 in einem Interview, auf welchem Weg seine Partei sich in den vergangenen Jahren um neue Wählerschichten bemüht hatte. Mit dem Volksbegehren *Österreich zuerst* von 1992/93 habe man vor allem Menschen, die „zutiefst verunsichert“ waren, ansprechen wollen (Mainoni 2004). Die FPÖ-Strategie ist kein Einzelfall, sondern bildet – wie Ruth Wodak in *Politik mit der Angst* (2016) gezeigt hat – ein Markenzeichen rechter Parteien. Was sie als Gefahr beschwören, kann sich im Lauf der Jahre ändern oder in neuen Varianten auftreten, aber dass sie laufend schrille Alarmer und apokalyptische Warnungen ausrufen, gehört zu ihren Konstanten und stellt die Basis ihres Geschäftsmodells dar. Die von ihnen imaginierten Bedrohungen kommen stets von einem „Außen“ (den Anderen, die sich innerhalb oder außerhalb der Staatsgrenzen befinden können) und richten sich immer gegen ein homogen gedachtes „Volk“ („Wir“): „Die ethno-nationalistische Form des Populismus setzt häufig Strategien ein, die sich auf nationale Gleichheit, Einheit und Geschlossenheit beziehen oder diese voraussetzen. Diese Strategien gründen in der Regel auf dem *Trugschluss der Gleichheit* und dem *Topos der Bedrohung*. Ersterer sieht die ‚eigene‘ Nation als kulturell homogene Gemeinschaft, Letzterer beschwört (angebliche) Gefahren, die diese sogenannte nationale Homogenität bedrohen.“ (Wodak 2016: 68f, Kursivierungen bei R.W.) In Österreich waren (und sind es) die FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) und ihre Abspaltung, das BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich), die sich damit profiliert haben, Untergangsvisionen an die Wand zu malen. Solche wurden seit den 1980er Jahren allgemein mit dem Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern verbunden, insbesondere mit „Garbeitern“, später auch mit Flüchtlingen aus dem früheren Jugoslawien. Zu den Zeiten von Jörg Haider entstanden daraus griffige Wahlparolen wie *Stop der Überfremdung*, *Stop dem Asylmißbrauch* oder *Österreich zuerst*. Mit H.C. Strache an der Spitze der FPÖ ist der Grundtenor seit 2005 identisch geblieben, jetzt gilt die Abwehr allerdings vor allem Flüchtlingen aus verschiedenen Weltgegenden und Menschen islamischen Glaubens. Die Übersetzung in eingängige

Slogans hört sich diesmal so an: *Glockenklang statt Muezzinggesang, Abendland in Christenhand* oder *Soziale Sicherheit für unsere Leut* (vgl. Narodoslawsky 2010: 23, 172ff).

Doch der Stellenwert der Mobilisierung von Ängsten war für die FPÖ in einzelnen Perioden unterschiedlich. Zeitweilig wurde die Bedrohungsrhetorik durch ein positives Versprechen ergänzt: die Partei würde sich (natürlich als einzige) für den „kleinen Mann“ einsetzen, und so tritt sie in den letzten Jahren als *Soziale Heimatpartei* auf. Der Anspruch, eine *soziale* Partei zu sein, geht allerdings sehr viel länger zurück. Freiheitliche Stellungnahmen zur Sozialpolitik standen immer schon im Spannungsfeld zwischen behaupteten liberalen und sozialen Ansprüchen. In den Worten von Jörg Haider: „Ich hatte im sozialpolitischen Bereich immer ein sozialdemokratisches Herz. Auf der anderen Seite bin ich ein Freigeist, der für die Bürger Freiräume gegen Apparate und staatliche Unterdrückung erkämpfen will.“ (Haider 2006) Das wirft die Frage auf, wie die FPÖ bzw. das BZÖ mit diesem Spannungsverhältnis umgegangen sind: Wie sich ihre sozialen Ambitionen anhörten, wenn sie in der Opposition waren, und was daraus wurde, wenn sie eine Regierung stellten bzw. an einer solchen beteiligt waren. Rechten Parteien wird häufig attestiert, neoliberale Projekte des Staatsabbaus zu verfolgen. Wie aber sind diese mit der vielfach plakatierten „Politik für den kleinen Mann“ vereinbar, und kann eine solche Option attraktiv für die „Modernisierungsverlierer“ sein, aus denen sich ihre Anhängerschaft, wie häufig vermutet wird, besonders stark rekrutieren soll?

Diese Fragen für Österreich zu untersuchen, liegt nahe, da das Land in Europa eine beklagenswerte Vorreiterrolle einnimmt, indem es hier seit mittlerweile drei Jahrzehnten mit der FPÖ (bzw. dem BZÖ) eine starke rechte Partei gibt, die bereits vor 2017 sieben Jahre lang an schwarz-blauen Bundesregierungen¹ beteiligt war und in Kärnten drei Mal die Landesregierung stellte.


Rechte Parteien sind in Westeuropa in vielen Ländern ein gewichtiger politischer Faktor geworden (entsprechende Tendenzen in früheren Ostblockländern bleiben an dieser Stelle wegen der grundsätzlich anderen Vorgeschichte außer Betracht) – aber woher kommt es, dass sich gerade in Österreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine solche Partei so früh und so politisch wirksam etablieren konnte? Es gibt hier spezifische Traditionen und Erfahrungen, die das begünstigt haben: ein nur schwach ausgeprägtes demokratisches System in den Zeiten der Habsburger Monarchie, wovon in weiten Kreisen eine

1 Die Farbe Blau gilt als Parteifarbe der FPÖ. Nach Auskunft des Parteivorsitzenden H.C. Strache wird damit auf die Kornblume als Symbol der bürgerlichen Freiheitsbewegung von 1848 verwiesen, dem Historiker Oliver Rathkolb zufolge aber auf die antisemitische Schönerer-Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg, außerdem habe die blaue Kornblume in den 1930er Jahren illegalen Nationalsozialisten in Österreich als Erkennungszeichen gedient (Klatzer 2016).

anhaltende Hochachtung vor Autoritäten und Hierarchien übrig blieb; eine späte Industrialisierung und Modernisierung, die von starken antisemitischen Affekten begleitet war; der Schock der drastischen Verkleinerung des Staatsgebietes nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs, an der das Land wesentlich mitbeteiligt war, und die mit dem Vertrag von St. Germain dauerhafte Verlierermythen beflügelte; eine tiefe soziale und politische Spaltung zwischen einer starken Arbeiterbewegung und militanten Christlich-Sozialen in den wirtschaftlich schwierigen Jahren der Zwischenkriegszeit, die 1934 in einen Bürgerkrieg mündete; die Erfahrung des Nationalsozialismus nach dem „Anschluss“ an Deutschland, der von einem Großteil der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt wurde, woran man sich später aber nicht mehr erinnern wollte; die weit verbreitete Überzeugung, dass Österreich keinerlei Verantwortung für das Unheil des Nationalsozialismus zu tragen habe, sondern dessen erstes Opfer darstelle.²

Aus all dem entstand nach 1945 ein Selbstbild des Landes als Hort von Kultur und Gemütlichkeit, das für sich gerne Donauwalzer und Sachertorte, Wolfgang Amadeus Mozart und das idyllische Salzkammergut, Egon Schiele und Gustav Klimt reklamierte, schließlich auch wirtschaftlich im Schatten der Bundesrepublik aufblühte. Dabei entwickelte Österreich eine spezifische Kultur des Kompromisses zwischen Christlich-Sozialen und Sozialdemokraten, die sich in häufigen großen Koalitionen niederschlug, aber auch mit Postenschacherei im Rahmen des „Proporzsystems“ verbunden war, und eine Tradition der Sozialpartnerschaft, die den allgemeinen Wohlstand beförderte, bestimmte Themen (wie Ökologie) und Gruppen (wie erwerbstätige Frauen) aber auch an den Rand drängte. Demgegenüber bot die überlieferte Mischung von Autoritätsgläubigkeit, antisemitischem Ressentiment und Opfermythen Anknüpfungspunkte für eine Partei, die sich selbst und ihr Führungspersonal immer wieder in der Rolle der von allen Seiten unschuldig Verfolgten inszenierte. Ein Wahl-Slogan von Jörg Haider, den auch H.C. Strache später dankbar aufnahm, lautete: „Sie sind gegen ihn, weil er für euch ist“ (Narodoslawsky 2010: 177). Im Folgenden sollen Chronologie und inhaltliche Schwerpunkte während des Aufstiegs (wie der Rückschläge) der Rechten anhand ihrer programmatischen Äußerungen und ihrer tatsächlichen politischen Praxis sowie mit Hilfe der Berichte und Analysen von Journalist*innen und Sozialwissenschaftler*innen nachgezeichnet werden.

2 Statt auf einschlägige historische Studien sei hier auf den literarischen Klassiker *Der Herr Karl* von Carl Merz und Helmut Qualtinger von 1961 verwiesen, in dem diese Entwicklungen in die Form eines Ein-Personenstücks über einen österreichischen „kleinen Mann“ gegossen werden. Dieser hat es sich immer irgendwie „gerichtet“, worauf er ebenso selbstgerecht wie wehleidig zurückblickt.

https://doi.org/10.57731/9783845288079_29_en_06_08_2024_16_43_02
Open Access –  <https://www.nomos-elibrary.de/ago>

Die Rechte in der Opposition und ein erstes Kärntner Regierungsexperiment: Missbrauchsgefahren und „Schmarotzer“

Im Jahr 1956 gegründet, dümpelte die FPÖ bei Nationalratswahlen bis Anfang der 1980er Jahre stets um Stimmenanteile von 5 Prozent herum. Sie sprach damals vor allem frühere Nationalsozialisten an, denen das „Bekenntnis zur deutschen Nation“ ein Anliegen war, außerdem die „Kriegsgeneration“, insbesondere Angehörige von Wehrmacht und SS, die sich in der Nachkriegszeit missverstanden oder diffamiert fühlten, darüber hinaus Selbständige und Freiberufler, etwa Hoteliers, Ärzte und Rechtsanwälte – insgesamt überwiegend männliche Wähler. Gegenüber den Großparteien vertrat die FPÖ antiklerikale und wirtschaftsliberale Positionen und konzentrierte ihr Profil vor allem auf das Thema „Parteienverdrossenheit“ (Plasser/Ullrich 2000: 227, 230).³

Im Parteiprogramm von 1985 hieß es, man wolle eine gezielte Mittelstandspolitik betreiben. Gleichzeitig wurde die „soziale Absicherung“ als wesentliche Aufgabe gesehen, aber die „Entwicklung zum bürokratischen Versorgungsstaat“ sei abzulehnen, Eigenvorsorge und Eigenverantwortung seien zu stärken. Die üblichen Risiken des Erwerbslebens in einer kapitalistischen Gesellschaft wie Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität oder unzureichender Absicherung im Alter wurden letztlich banalisiert. Es sei insbesondere zu verhindern, „daß öffentliche Mittel mißbräuchlich in Anspruch genommen werden.“ (FPÖ Bildungsinstitut – Parteiprogramm 1985: 7. u. 8. Kap.).

Als Jörg Haider 1986 die Parteiführung übernahm (und auf den Schultern seiner begeisterten Anhänger durch den Saal getragen wurde), änderte sich das Erscheinungsbild der Partei, die sich nun – insbesondere in der Person des 36jährigen Vorsitzenden – als jugendliche und innovative Kraft präsentierte. Mit ihm wurde der Topos der vielfältigen Bedrohungen lanciert und er selbst gleichzeitig als „Retter“ aufgebaut. Dieser Aufstieg Haiders und der FPÖ in den folgenden Jahren ist vor dem Hintergrund der „Waldheim-Affäre“ zu sehen, die ihren Anfang ebenfalls 1986 nahm, und Österreich in einem bis dahin einzigartigen Ausmaß polarisierte. Kurt Waldheim, davor UNO-Generalsekretär, kandidierte für das Amt des Bundespräsidenten (und wurde nach einer Stichwahl auch gewählt). Er sah sich allerdings mit massiven Vorwürfen wegen seiner Tätigkeit als Offizier im Zweiten Weltkrieg auf dem Balkan konfrontiert. Die Debatte, die internationale Journalisten-Recherchen und Historiker-Kommissionen auslöste, ergab letztlich, dass Waldheim nicht persönlich an Kriegs-

3 Das hinderte die FPÖ allerdings nicht daran, in den 1970er Jahren sozialdemokratische Regierungen unter Bruno Kreisky zu tolerieren und 1983 mit der SPÖ unter Bundeskanzler Fred Sinowatz eine kleine Koalition zu bilden, die mit dem Antritt Haiders als Vorsitzendem der FPÖ ihr Ende fand. <https://doi.org/10.5771/9783845288079-29>, am 06.06.2024, 10:43:02

verbrechen beteiligt war, von diesen aber Kenntnis gehabt haben musste – was er immer wieder dezidiert abstritt. Seine Rechtfertigung, er habe nichts als seine „Pflicht erfüllt“, traf bei denjenigen, die sich schon stets an der Legende von der „sauberen Wehrmacht“ gewärmt hatten, auf begeisterte Zustimmung. Viele andere litten dagegen seit Jahren unter dem offiziellen Klima des Wegschauens und Verleugnens, das sich dem bequemen Etikett „Österreich war das erste Opfer des Nationalsozialismus“ verdankte. Es entstanden hochemotionalisierte und heftige Diskussionen in den Medien, in der Politik und im Kulturbereich. Letztlich brachten sie die längst überfällige Auseinandersetzung mit der Rolle Österreichs im Nationalsozialismus in Gang und beflügelten gleichzeitig den Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider (vgl. ORF 2007).

In seinem 1993 erschienenen Buch *Die Freiheit, die ich meine* (Untertitel: *Das Ende des Proporzstaates – Plädoyer für die Dritte Republik*) findet sich ein Kondensat der apokalyptischen Szenarien, die Haider in den vorangehenden Jahren immer wieder an die Wand gemalt hatte: „Die Gesellschaft ist vom Zerfall bedroht, die moralischen und ethischen Grundlagen sind brüchig geworden. Ein destruktiver Geist hat das öffentliche Leben erfasst; es fehlt die notwendige Klammer einer idealistischen Gesinnung. Eine ausschließlich nach Maßgabe der Nützlichkeit angelegte Gesellschaft hat sich gemeinsamer Wertvorstellungen entledigt und mit der Tradition gebrochen.“ (Haider 1993: 19) Eine weitere bedrohliche Entwicklung sah Haider in der „multikulturellen Gesellschaft“. Entsprechende Experimente hätten „noch nirgends funktioniert. Immense soziale Probleme. Ghetto- und Slum-Bildung, hohe Kriminalitätsraten und soziale Unruhen waren überall die Folge, wo man es versuchte.“ (Haider 1993: 91) Letztlich gebe es für all dies nur eine Lösung: den „Übergang zur Dritten Republik“ unter freiheitlicher Führung (ebd.: 201). Wie eine solche aussehen sollte, ließ Haider in seinem Buch offen. Deutlicher wurde er in der rechtsextremen Zeitschrift *Aula*, in der er vertrat, die Grundsätze der FPÖ seien "in einer Politik der sozialen Volksgemeinschaft zu verwirklichen. Dabei ist auf das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft besonderer Wert zu legen, die eine organische und ethische Gebundenheit des Menschen in verschiedenen Gemeinschaften, von der Familie bis zum Volk, zum Ausdruck bringt." (zit. bei Assheuer 2000)

In seinem Buch griff Haider auch das Thema Sozialstaat und die im Parteiprogramm von 1985 angerissene Problematik des Missbrauchs von Sozialleistungen auf, diesmal bereits in schärferem Ton: „Der Skandal in unserem System ist: Die Faulen, die Nichtstuer, die Sozialschmarotzer und Tagträumer sind sich der fürsorglichen Hand des Sozialstaates sicher, während der leistungswillige Aufsteiger, für den persönliche Leistung im Vordergrund steht, das Nachsehen hat.“ (Haider 1993: 181) Mit der Figur des „Sozialschmarotzers“ knüpfte Haider an nationalsozialistische Diktion an, mit der Betonung der Leistungswilligkeit an neoliberale Konzepte der individuellen Verantwortung. Wenn jeder

maximal für sich selbst sorgen sollte, so galt es für Haider allerdings auch, die Familie „als Kernbereich der Geborgenheit“ zu fördern und zu schützen und somit eine aktive Geburtenpolitik zu betreiben (ebd.: 167). Wenn er die grundsätzlichen Alternativen für die zukünftige „Finanzierbarkeit der sozialen Sicherheit“ skizzierte, bündelte er seine zentralen Themen in die Kurzform: „Mehr arbeiten, mehr Kinder und weniger ausländische Zuwanderer oder weniger arbeiten, weniger eigene Kinder und mehr Einwanderer.“ (ebd.: 173) Die Absage an den Sozialstaat war deutlich.

Unter Haider radikalisierte sich die Partei und trat sehr viel aggressiver auf als bisher. Er wetterte gegen „Bürokraten“ und „Bonzen“, äußerte sich verarmlosend zum Nationalsozialismus und vertrat zunächst auch den von Alt-Nazis und Burschenschaftlern geschätzten Deutsch-Nationalismus. In diesem Sinn erklärte er 1988 in einer Fernsehsendung, die österreichische Nation sei eine „ideologische Missgeburt. Denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache, und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache.“ (zit. bei Bailer-Galanda 1995: 50) Doch die Zahl der Deutschtums-Bekenner ging allmählich zurück, so dass Haider – nie um eine ideologische Volte verlegen – seit Anfang der 1990er Jahre auf österreichischen Patriotismus umschwenkte. Der Spagat zwischen alten und neuen Wählerschichten gelang ihm, die Partei legte bei Nationalratswahlen zu, und das insbesondere in Kärnten, wo Haider 1989 mit den Stimmen der ÖVP⁴ zum ersten freiheitlichen Landeshauptmann gewählt wurde – dies allerdings nur für zwei Jahre (Narodoslawsky 2010: 14f). Als er 1991 im Kärntner Landtag ankündigte, er wolle die Arbeitslosenunterstützung für „Schmarotzer“ kürzen, hielt ihm ein sozialdemokratischer Politiker entgegen, dies erinnere ihn an die Politik der Nazis und an die Praxis von Zwangsarbeit, worauf Haider sich bemüßigt fühlte, die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ des Dritten Reichs zu loben (vgl. Wodak 2016: 79). Nach zahlreichen anderen nicht weniger deutlichen Aussprüchen kostete ihn dieser eine, da die ÖVP ihm nun die Zusammenarbeit aufkündigte, die Position des Landeshauptmanns. In der Opposition auf Bundesebene setzte Haider verstärkt auf eine Ausgrenzung von Ausländern und Ausländerinnen. Bereits 1987 stellte er im Fernsehen die rhetorische Frage, „ob ’s denn notwendig sei, dass wir bei 140.000 Arbeitslosen derzeit über 180.000 Gastarbeiter im Land haben müssen.“ (zit. bei Czernin 2000: 73) Das Argument wurde vielfach variiert und bildete den Auftakt zu dem von der Partei 1992-93 initiierten Volksbegehren *Österreich zuerst*, das von der Feststellung „Österreich ist kein Einwanderungsland“ ausging und entsprechende Abwehrmaßnahmen forderte. Es wurde behauptet, die Regierung behandle

4 Die Österreichische Volkspartei ist seit 1945 Nachfolgerin der früheren Christlich-Sozialen Partei und versteht sich als breite bürgerliche Partei, die sich der Christlichen Soziallehre, dem Konservatismus, aber auch dem Liberalismus verpflichtet fühlt.

Ausländer besser als Österreicher und diesen würden die Arbeitsplätze weggenommen. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs erlebte man in Österreich einen Zustrom von Bewohnern und Bewohnerinnen der früheren Ostblockländer, dennoch drehte sich die allgemeine Stimmung nicht, wie von der FPÖ erhofft, gegen sie. Nicht mehr als 7 Prozent der Wahlberechtigten und auch nur die Hälfte der eigenen Parteimitglieder unterschrieben das Volksbegehren, dagegen brachte die bisher größte Gegendemonstration der Republik, das *Lichtermeer*, in Wien 200.000 Menschen auf die Straße (Lackner 2009).

Die FPÖ als Koalitionspartner in der Bundesregierung ab 1999: sozialstaatliche Einschnitte und Privatisierungen

Bei den Nationalratswahlen der 1990er Jahre konnte die FPÖ ihre Stimmenanteile bei verschiedenen sozialen Gruppen steigern – nicht nur bei Selbständigen und Pensionisten, sondern erstmals auch bei Frauen und insbesondere bei Arbeitern und Arbeiterinnen. Während diese bis dahin keine Bedeutung als Wähler der Rechten hatten, stieg ihr Anteil in den 1990er Jahren zunehmend an und bei der Nationalratswahl von 1999 entschieden sich bereits 47 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen für die FPÖ (Plasser/Ullrich 2000: 232). War dies eine Reaktion auf Krisenerscheinungen und drohenden sozialen Abstieg für viele? Die volkswirtschaftlichen Daten wiesen in eine andere Richtung: Die reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts lag in der Periode 1990-1999 mit einem Durchschnitt von 2,69 Prozent höher als in Deutschland, wo sie auf 2,36 Prozent kam; die Arbeitslosenrate war dagegen weitaus niedriger und betrug in Österreich 1999 rd. 4 Prozent, in Deutschland mehr als 8 Prozent (vgl. Breuss 2008: 58; Pernicka/Stadler 2015: 267). Während es dort 1998 zur ersten rot-grünen Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik kam, griff die Panikmache der FPÖ bei Menschen in verschiedenen sozialen Gruppen, deren objektive Situation sich keineswegs dramatisch verschlechtert hatte, die sich aber von deren fremdenfeindlichen Parolen subjektiv angesprochen sahen. Die Partei bot auch keinerlei konsistentes wirtschafts- oder sozialpolitisches Programm an, sondern trachtete danach, ihre angestammte mittelständische Basis nach unten hin zu erweitern, indem sie Maßnahmen versprach, die den „kleinen Leuten“ Verbesserungen vorgaukelten. Insgesamt handelte es sich daher um einen bunten Strauß von Politikangeboten: „... diese reichen von rechtspopulistischen wirtschaftlichen Vorschlägen („flat tax“, generelle Steuersenkung) bis zu protektionistischen sozialpolitischen Vorschlägen („Kindergeld“, verfassungsmäßige Verankerung von Subventions- und Pensionsregelungen etc.).“ (Plasser/Ullrich 2000: 237) Der gemeinsame Nenner für die sozial heterogene Wählerschaft war demnach ein anderer: die vorgebliche Bedrohung österreichischer

Interessen durch die EU sowie durch die Zuwanderung von Ausländern. Tatsächlich zeigten Befragungen, dass vor allem die „Ausländerfrage“ zum entscheidenden Wahlmotiv wurde (vgl. Plasser/Ullrich 2000: 229f): Ein Ressentiment war – keineswegs nur in der Arbeiterschaft – gesellschaftsfähig geworden.

Trotz des Misserfolgs des Volksbegehrens von 1993 stach die Karte der Ausländerfeindlichkeit mittlerweile. Die Präsenz von Ausländern galt als Ursache für ein Bündel von sozialen Problemen, das Kriminalität wie Drogenhandel, eingeschleppte Krankheiten wie Arbeitslosigkeit umfasste. All dies drohte angeblich, in einer „Überfremdung“ des Landes zu enden, so dass die Österreicher sich fragen müssten, ob sie noch „Herr im eigenen Haus“ seien (vgl. Narodoslawsky 2010: 24-25). Haider schwenkte auch bei der FPÖ-Haltung zur EU um. Solange die Partei sich an Deutschland anlehnte, gab sie sich europafreundlich, doch mit der Entdeckung des Österreich-Patriotismus mobilisierte sie nun Befürchtungen, wie schädlich sich ein österreichischer EU-Beitritt (der 1995 tatsächlich erfolgte) für das Land auswirken würde. Jenseits belastbarer wirtschaftlicher Daten wurden Horrorszenarien an die Wand gemalt, wie etwa, durch den Warenverkehr könnten „Schildläusejoghurts“ oder „Blutschokolade“ in den Lebensmittel-Regalen landen (vgl. Narodoslawsky 2010: 17).

So drastisch die verheerenden Folgen des Zustroms von Ausländern und von Waren ausgemalt wurden, so vage blieben – abgesehen von dem Versprechen eines „Kinderschecks“ – die positiven Inhalte. Der Wahlkampf war völlig auf die Person und die Ausstrahlung Jörg Haiders zugespielt, der mit dem schlichten Slogan „Einfach menschlich“ antrat. Sämtliche damals verwendeten Plakate zeigten ihn, der seit einigen Monaten wieder Kärntner Landeshauptmann war, und dies, „obwohl der offizielle Spitzenkandidat der Partei Thomas Prinzhorn hieß.“ (o.V. [Die Presse] 2009). Ganz wesentlich war dieser Wahlerfolg sicherlich auch auf das politische Talent Haiders zurückzuführen, der ein brillanter Redner und ein gewiefter Diskutant war, mit seinen Provokationen ständig Aufmerksamkeit erregte und in vielen Medien, insbesondere im Fernsehen, nahezu dauerpräsent war: „Haider sah gut aus, war aggressiv, redegewandt und schlagfertig. Das kam bei vielen Zusehern an.“ (Narodoslawsky 2010: 30)

Die Sozialdemokratie und die Volkspartei, die zuvor eine viel kritisierte und vielfach als lähmend erlebte Große Koalition gebildet hatten, verloren einen erheblichen Teil ihrer Wählerschaft an die FPÖ, die mit ihrem bis dato höchsten Stimmenanteil von rd. 27 Prozent (der seither nie wieder, auch nicht bei der jüngsten Wahl von 2017, erreicht wurde) nach der SPÖ zweitstärkste Partei wurde. Die ÖVP, die auf dem dritten Platz landete, verabschiedete sich von ihrer Ankündigung, in diesem Fall in die Opposition zu gehen, so dass es zu der ungewöhnlichen Situation kam, dass die drittplatzierte Partei den Kanzler stellte, und es unter Wolfgang Schüssel zu einer in Österreich wie im Aus-

land höchst umstrittenen Koalition mit der FPÖ kam. Haider, der diese eingefädelt hatte, blieb im Hintergrund und übernahm kein Amt in der Bundesregierung, sondern blieb in Kärnten und trat bald darauf auch von der Führung der Partei zurück (vgl. Narodoslawsky 2010: 21, 37-38). Der Antritt der neuen Regierung veranlasst die damaligen 14 EU-Staaten zu bis dahin einmaligen Sanktionen, die ein Zurückfahren der bilateralen Beziehungen vorsahen, aber bereits 2001 wieder aufgegeben wurden, nachdem eine Dreier-Kommission trotz ihrer Kritik an der FPÖ zu einer vorsichtig positiven Einschätzung der Regierungsarbeit kam (vgl. Narodoslawsky 2010: 43).

Grundsätzlich stimmten die beiden Regierungspartner vor allem bei den Zielen Budgetkonsolidierung, Nulldefizit, Verschlangung des Staates und Umbau des Sozialstaats überein, wobei ein wichtiger Baustein für die ersten drei Ziele Privatisierungen sein sollten. Österreich hatte seit der Nachkriegszeit einen im westeuropäischen Vergleich umfangreichen staatlichen Sektor, der nun durch Großprivatisierungen abgeschmolzen werden sollte. Dies betraf u.a. die Telekom Austria, die Austria Tabak, die Voest-Alpine, die VA Tech und die Buwog (die im Besitz von 60.000 Bundeswohnungen war). Dabei folgte man dem Credo „Mehr privat, weniger Staat“ und schaltete öffentliche Kontrollen weitgehend aus, weshalb „für Regierungsvorhaben und Gesetzesvorlagen externe Berater und unabhängige Experten herangezogen“ wurden (Nikbakhsh et al. 2011).

Spätere Recherchen von Journalisten, Journalistinnen und Staatsanwaltschaften ergaben, dass dabei rund um den smarten und lange Zeit höchst populären Finanzminister Karl-Heinz Grassler (in dessen Ressort die Verkäufe von staatlichem Eigentum fielen) ein relativ enger Kreis von Personen die Fäden in der Hand hielt, insbesondere ein PR-Berater, ein Lobbyist, ein Immobilienunternehmer, ein Rüstungslobbyist und ein FPÖ-Werber. Sie waren durch ein „vielfältiges Geflecht persönlicher, politischer und finanzieller Beziehungen untereinander verbunden“ (ebd.) und sorgten dafür, dass bei den meisten dieser Verkäufe ganz bestimmte Bieter zu günstigen Konditionen zum Zuge kamen, wofür Unsummen von Beraterhonoraren, Erfolgsprovisionen oder auch Aufwendungen für Werbung, Pressekonferenzen und Homepages zwischen den Beteiligten hin- und herflossen. Die Orte, über die solche Transaktionen liefen, waren als einschlägige Adressen von Steuerparadiesen bekannt: Zypern, Liechtenstein, Delaware (USA) oder Panama. Die Geschäfte wurden so umfangreich und kompliziert, dass einige der Beteiligten gelegentlich den Überblick verloren. Der Lobbyist Walter Meischberger stellte daher (bei einem polizeilich aufgezeichneten) Telefongespräch seinem Kumpel Ernst Karl Plech bezüglich eines bestimmten Deals die mittlerweile legendär gewordene Frage: „Wos woar mei Leistung?“ (vgl. Schnauder 2014). Journalisten und Journalistinnen des Wochenmagazins *Profil* identifizierten aufgrund ihrer Recherchen einen ver-

schworenen „Zirkel aus Politikern, Lobbyisten und Geschäftemachern und 60 Millionen Beute“, dem es gelungen war, die „Republik Österreich unter Schwarz-Blau zum Selbstbedienungsladen“ zu machen (Nikbakhsh et al. 2011). Den in der Öffentlichkeit seit langem Verdächtigen gelang es über Jahre, sämtliche gerichtliche Verfahren zu verhindern, zu verschleppen oder zu ihren Gunsten ausgehen zu lassen. Doch seit dem letzten Jahr scheinen die Chancen der Gerichte, zumindest in einigen Fällen mehrere Beteiligte der Korruption überführen zu können, gestiegen zu sein (vgl. o.V. [Der Standard] 2016).

Ein zweiter Bereich, in dem die schwarz-blaue Regierung massive Änderungen einleitete, war die Sozialpolitik, wobei Beobachter des Geschehens wie Herbert Obinger und Emmerich Tálos eine grundlegende Zäsur in der österreichischen Nachkriegsentwicklung sahen: „Abzulesen ist dieser Politikwechsel nicht nur an der Prioritätenverschiebung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Richtung angebotsorientierter neoliberaler Idee, sondern auch in der Zurückdrängung der Sozialpartnerverbände aus politischen Entscheidungsprozessen.“ (Obinger/Tálos 2006: 10) Nach der gängigen Einteilung gehört Österreich zum Typ der „konservativen Wohlfahrtsstaaten“, wobei dieser seit den 1950er Jahren umfassend ausgebaut worden war. Demgegenüber trat die neue Koalition mit dem Anspruch an, Sozialpolitik auf individuelle Not- und Bedarfslagen auszurichten und sie unter das Primat budget-, wirtschafts- und standortpolitischer Prioritäten zu stellen (vgl. Tálos 2001: 19). Beide Zielsetzungen bündelten sich in der Absicht, sowohl bei der Sozialversicherung wie bei den Transfers „durch Überprüfung der Treffsicherheit, der Angemessenheit, der Zielgenauigkeit und Mißbrauchsfreiheit der einzelnen Elemente des Sozialstaates ein Einsparvolumen von öS 3 Mrd. p. A. zu erzielen.“ (ÖVP-FPÖ 2000: 120) Nach Einschätzung von Tálos gab es in der Zweiten Republik kein Regierungsprogramm, das „derart massiv vorgetragene Mißbrauchsvorbehalte“ formuliert hat (Tálos 2001: 19).

Institutionell lag die Gestaltung der Sozialpolitik bis dahin stärker in der Kompromissfindung der wirtschaftlichen Dachverbände als bei Regierung und Parlament. Das sollte sich vor allem nach dem Willen der FPÖ ändern, und so forderte das Regierungsprogramm auch die „Verlagerung von der überbetrieblichen in die betriebliche Mitbestimmung. Insbesondere in Bezug auf Arbeitszeiten, Betriebszeiten, Kollektivvertragsrecht.“ (ÖVP-FPÖ 2000: 13) Hier zielte man also auf die Schwächung des Einflusses von Gewerkschaften.

Konkret umgesetzt wurden insbesondere folgende Maßnahmen:

- Bei den Pensionen wurden die Weichen zu einem Drei-Säulen-Modell gestellt (vgl. Obinger/Tálos 2006: 91).

- Im Gesundheitsbereich wurden die Beiträge und Zuzahlungen der Versicherten erhöht, für Unternehmen und Selbständige Beitragsentlastungen beschlossen (ebd.: 120f).
- Leistungen der Sozialversicherung für Arbeitslose wurden gekürzt und die Regelungen der „Zumutbarkeit“ verschärft (ebd.: 143f).
- Das Arbeitsrecht enthielt neue Elemente von Liberalisierung und Flexibilisierung. Die angestrebte Verlagerung der Kompetenzen von der überbetrieblichen auf die betriebliche Ebene kam jedoch nicht zustande (ebd.: 155).
- Das Kindergeld, das bisher an Erwerbstätigkeit geknüpft war, stand nun allen Familien für die Dauer von drei Jahren zu. Der geplante Ausbau von Kindergärten blieb dagegen auf der Strecke (ebd.: 173ff).
- Das bisher eigenständige Frauenministerium wurde aufgelöst und dem Sozialministerium unter der Leitung von Herbert Haupt (FPÖ) zugeschlagen, so dass Österreich einen männlichen Frauenminister hatte, der als erstes eine „Männerpolitische Grundsatzabteilung“ einrichtete (vgl. Prior 2009).
- Das „Zurückdrängen von Armut“ galt im Regierungsprogramm von 1999 als besonders wichtige Aufgabe, während der Begriff Armut im Programm von 2003 überhaupt nicht mehr vorkam. Tatsächlich geschah in diesem Bereich kaum etwas (vgl. Obinger/Tálos 2006: 189ff).

Insgesamt zeigten sich bei den sozialpolitischen Veränderungen Obinger/Tálos zufolge „sowohl Pfadabweichungen als auch pfadkonforme Entwicklungstrends“, gleichzeitig habe sich das bisher vorherrschende Muster der politischen Entscheidungsprozesse tiefgreifend geändert, so sei die „Sozialpartnerschaft in der Ära Schüssel zu einem Auslaufmodell geworden“ und habe sich die „Erosion der Verhandlungsdemokratie bzw. ihre Transformation zur Konfliktdemokratie weiter beschleunigt.“ (ebd.: 225, 226)

Deutlich wurde die Handschrift des FPÖ-Koalitionspartners schließlich auch bei den Regelungen für Zuwanderung und Asyl. Mit dem *Integrationsvertrag* von 2002 entstanden neue gesetzliche Hürden für Zuwanderer und Zuwanderinnen: Gesundheitszeugnisse und verpflichtende Deutschkurse sowie schärfere Sanktionen, wenn diese Bedingungen nicht erfüllt wurden. Gleichzeitig wurde aber das „Saisonier-Modell“ ausgeweitet, d.h. die Möglichkeit, ausländische Saison-Arbeitskräfte als Erntehelfer oder im Tourismus befristet und zu niedrigeren Löhnen als Einheimische zu beschäftigen (vgl. Grüne Bildungswerkstatt 2012). Auch die Bedingungen zur Gewährung von Asyl wurden durch eine Richtlinie des Innenministeriums von 2002 wesentlich eingengt, indem all jenen, die nicht aus Afghanistan oder dem Irak kamen, keinerlei Bundesbetreuung gewährt werden sollte, da ihnen pauschal Asylmissbrauch unterstellt wurde (vgl. Preglau 2017: 37).

Trotz eines deutlichen Rechtsrucks bei konkreten politischen Maßnahmen scheiterten Versuche weitgehend, auch die rechtlich-institutionelle Struktur massiv zu verändern. Der „Verfassungsgerichtshof hat durch seine Rechtsprechung wiederholt signifikante Eingriffe in die Ordnung der liberalen Demokratie verhindert (z.B. Reform des Hauptverbandes der Sozialversicherungen, des Asylgesetzes oder des Militärbefugnisgesetzes).“ (Preglau 2017: 240-241)

Der Ton der Regierungs-FPÖ blieb zunächst moderat und ihre Minister wie die Vizekanzlerin bemühten sich um professionelles Auftreten jenseits der bisherigen Krawall-Rhetorik. Doch bald taten sich tiefe Gräben mit dem Koalitionspartner auf, die vor allem mit dem geplanten EU-Beitritt Tschechiens zusammenhingen. Dazu kam, dass sich innerhalb der rechten Partei Vertreter der Linie des Ausgleichs mit der konservativen ÖVP zunehmend durch die Anhänger von radikaleren Positionen angegriffen sahen, wobei manche die Partei in zehn verschiedene Flügel zerfallen sahen. Als Partei spielte die FPÖ somit gleichzeitig konsensorientierte Teilhabe an der Regierung und wortradikale Opposition, was zu einer Zerreißprobe führte, die mit dem Rücktritt der Vizekanzlerin endete, worauf der Kanzler die Koalition für beendet erklärte und Neuwahlen ausrief (vgl. Narodoslawsky 2010: 45, 55).

Der Wahlkampf von 2002 lief nicht gut für die FPÖ. Sie hatte finanzielle Engpässe, ihr Spitzenkandidat kam ihr, nachdem er auf sämtlichen Plakaten affiziert war, abhanden, mehrere populäre Minister (wie der schillernde Karl-Heinz Grassler) hatten sich von der Partei abgewandt und intern eskalierten die Konflikte. Obwohl die bisherige Regierungs-FPÖ den massiven Sozialabbau mitgetragen hatte, wurde bei der Wahlkampagne die Sorge um den „kleinen Mann“ unverföhren in den Vordergrund gestellt. Der Wahltag des 24.11.2002 ging „als der ‚schwärzeste‘ Tag in die blaue Geschichte ein.“ (Narodoslawsky 2010: 66) Gegenüber ihrem Triumph von 1999 büßte die Partei rd. 17 Prozentpunkte ein und stand mit einem Stimmenanteil von rd. 10 Prozent auf dem Niveau der 1980er Jahre, bevor Haider aufs Schild gehoben wurde.

Trotz des Wahldebakels der Freiheitlichen kam es zu einer Neuauflage der bisherigen Koalition, in der die FPÖ (vor allem bei der EU-Politik) allerdings sehr viel weniger als bisher zu sagen hatte und sich den Wünschen des größeren Koalitionspartners beugen musste: „In der Außenwirkung bekam die FPÖ... ein ‚Beiwagerl-Image‘ und wurde als ‚höriges Anhängsel‘ der ÖVP gesehen.“ (Narodoslawsky 2010: 102) Gleichzeitig erlebten die innerparteilichen Streitereien neue Höhenflüge und führten letztlich zu einer von Jörg Haider initiierten Spaltung, da mit Heinz-Christian Strache ein neuer, junger und zugkräftiger Konkurrent um die Parteiführung aufgetreten war, so dass Haider schließlich im April 2005 die Gründung einer neuen Partei bekanntgab: das BZÖ. Es waren keineswegs unterschiedliche ideologische Orientierungen, die die beiden und ihre jeweiligen Gefolgsleute trennten, sondern eher persönliche Zuordnungen:

„Das freiheitliche Lager war eine unbestimmte Masse.“ (Narodoslawsky 2010: 112)

FPÖ bzw. BZÖ in der Kärntner Landesregierung ab 1999: Sozialpolitik-Spektakel und Finanzabenteuer

Die Wahlkämpfe der FPÖ in Kärnten wurden nach dem inzwischen bewährten Muster geführt und die Partei erreichte mit Jörg Haider sowohl 1999 wie 2004 einen Stimmenanteil von 42 Prozent. Im Wahlkampf trat er mal als verwegener Held, als Robin Hood oder Sheriff auf, mal als „dämonischer Demagoge“ oder auch als staatstragender Politiker (vgl. Narodoslawsky 2010: 29, 104f).

In seiner Regierungserklärung von 1999 kündigte Haider Anstrengungen für mehr Beschäftigung und für eine Stärkung der Einkommen an, um das Land aus seiner Schlusslichtposition – Kärnten war das ärmste Bundesland Österreichs – herauszuführen. Dazu werde man einen Technologiefonds einrichten und die Modernisierung der Betriebe vorantreiben, auch Risikokapital-Fonds für Venture Capital-Unternehmen sollte es geben. Außerdem würden Einrichtungen zur Kinderbetreuung ausgebaut und die Familien durch Zuschüsse oder Kinderschecks unterstützt (Haider 1999).

Nicht nur beim Kinderscheck für jedes Kind bis zum sechsten Lebensjahr blieb die Realität weit hinter den großspurigen Ankündigungen zurück: „Kurz nach seiner Kür zum Landeshauptmann löste der FPÖ-Chef sein Wahlversprechen ein – allerdings nur in zwei Kärntner Gemeinden, Deutsch-Griffen und Freistritz an der Gail.“ (o.V. [Falter] 2001) Letztlich wurde der Kinderscheck dann lediglich in einer Schmalspurvariante eingeführt. Zudem zeigte sich, dass seine längerfristige Finanzierung unklar war und die Mittel nur für ein Jahr vorgesehen waren.

Im Jahr 2009, ein Jahr nach Haiders Unfalltod, wurde offenbar, dass die Lage in Kärnten in allem das krasse Gegenteil seiner früheren Versprechungen darstellte: von sämtlichen Bundesländern gab es hier die höchste Arbeitslosigkeit, die niedrigste Kaufkraft und das geringste Wirtschaftswachstum. Während sich die Verschuldung des Landes 2001 auf rd. 0,6 Mrd. Euro belaufen hatte, betrug sie 2009 rd. 2,2 Mrd. – mehr als das Jahresbudget Kärntens (vgl. Lackner/Kramar-Schmid 2009; Linsinger/Lackner 2014). Einige Jahre später seufzte ein Kärntner Nationalratsabgeordneter der SPÖ: „Kärnten ist das heimische Griechenland.“ (zit. bei Linsinger/Lackner 2014)

Dies hatte in erster Linie mit einer abenteuerlichen Budget- und Finanzpolitik zu tun. In deren Zentrum stand die Kärntner Landeshypothekenanstalt (Kärntner Hypo), in den 1990er Jahren noch eine „schlafmützige Regionalbank“, die bereits unter der damaligen ÖVP-Landesregierung zu internationaler

Größe aufgeblasen werden sollte, und zwar durch massive Expansion nach Südost-Europa, insbesondere nach Slowenien, Kroatien und Serbien. Während Jörg Haider der Bank zuvor noch „rot-schwarze Päckerei“ vorgeworfen hatte, unterstützte er sie, sobald er (wieder) Landeshauptmann war. Er sorgte für Landeshaftungen und die Bank finanzierte dafür seine Prestigeprojekte, etwa eine neue Wörthersee-Bühne, die sich bald zum Millionengrab entwickeln sollte, da die Betreiber Tickets verschenken mussten, um die Ränge zu füllen. Auch weitere Großprojekte scheiterten grandios, etwa die steirische Regionalfluglinie *Styrian Spirit*, die im selben Jahr Konkurs anmeldete (vgl. Kompatscher et al. 2014; Zotter 2009). Noch wesentlich desaströser sollte sich die weitere Entwicklung der Hypo gestalten, die in großem Umfang Kredite für windige Projekte und ohne Sicherheiten vergab. Viele der extrem risikoreichen Finanzierungen waren auf die politische Einflussnahme von Jörg Haider zurückzuführen, „der sich nach eigener Aussage als ‚Türöffner‘ der Bank im Ausland engagierte.“ (Meyer et al. 2014: 72) Die Geschäftspolitik der Bank wurde vom Rechnungshof bereits 2003 moniert, aber die Finanzmarktaufsicht (die dem damals der FPÖ zugehörigen Finanzminister Karl-Heinz Grasser unterstellt war) hielt sich zurück, weil die schwarz-blaue Regierung Haider als Mehrheitsbeschaffer brauchte. Zugleich explodierten die Landeshaftungen und betrugten 2006 bereits mehr als das Zehnfache des Landeshaushalts. Haider wollte „aus der kleinen Regionalbank eine internationale Größe machen. Als die Sache außer Kontrolle geriet, verkaufte Haider ‚seine‘ Bank an die Bayerische Landesbank. Die Haftungen blieben aber beim Land hängen.“ (Kompatscher et al. 2014) Die Bayerische Landesbank versprach sich auf diesem Weg einen Zugang zum osteuropäischen Markt – die bei Kärnten verbliebenen Haftungen beliefen sich inzwischen auf mehr als 20 Mrd. Euro. In der Öffentlichkeit jubelte Haider über die halbe Milliarde, die das Land mit dem Verkauf eingenommen hatte: „Kärnten ist reich“. Der Erlös aus dem Verkauf sollte in einen „Zukunftsfonds“ fließen, doch blieb dessen Geldvergabe stets intransparent, und wenn sie bekannt wurde, konnte ihre Zukunftsfähigkeit bezweifelt werden, so im Fall von Subventionen für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung oder für den Fußballklub Austria Kärnten (vgl. Lackner/Kramar-Schmid 2009).

Die Hypo-Hybris war jedoch nicht nur ein „Bankenskandal, sondern auch ein Kriminalfall“ (Kompatscher et al. 2014), zum Teil wegen der eigentlichen Bankgeschäfte, darüber hinaus ebenso wegen des Geschäftsgebarens der wichtigsten Beteiligten. Die Balkan-Geschäfte der Bank wurden mit Kriegsgewinnlern, Waffenhändlern und Embargobrechern abgewickelt. Rund um den Verkauf an die Bayerische Landesbank kam es zu überteuerten Gutachten in Millionenhöhe, die unter anderem der Parteienfinanzierung von BZÖ und FPÖ dienen sollten; es wurden Bilanzen gefälscht und Bestechungsgelder an Jörg Haider gezahlt – um nur einige der bisher vor Gericht verhandelten Fälle zu nennen.

Angesichts der Perspektive, dass ein österreichisches Bundesland in die Insolvenz gehen würde – ein bis dahin einzigartiger Fall, für den keinerlei Gesetze oder Regelungen vorgesehen waren – übernahm der Bund 2009 das Pleite-Abenteuer der Kärntner Landesregierung (ebd.). Er schlägt sich bis zum heutigen Tag mit dessen Folgen herum.

Die Sozialpolitik der Landesregierung beschränkte sich auf vereinzelte spektakuläre Aktionen, bei denen sich Haider als gütiger Landesvater inszenierte. Nachdem die FPÖ in der Bundesregierung die Absenkung der Pensionen mitbeschlossen hatte, erwirkte Haider Ausgleichszahlungen für diejenigen, die das besonders hart treffen musste: „Statt das Geld zu überweisen, hatte Haider den armen Rentnern die Geldscheine vor laufender Kamera persönlich in die Hand gedrückt.“ (Narodoslawsky 2010: 105) Dies war nicht seine einzige öffentlichkeitswirksame Großtat. Ähnlich gestrickt waren die Abgabe von billigem Diesel an Tankstellen des Straßenbauamtes, ein spezielles Pendlergeld, ein „Energietausender“, ein „Teuerungsausgleich“, Mütter-, Baby- und Schulstartgeld: „Anders als die Sozialdemokraten oder andere sozialstaatlich orientierte Parteien wollte Haider seine Sozialpolitik nicht in Strukturen quetschen. Sozialversicherungen und Krankenkassen waren etwas für linke Apparatschiks. Landesfürst Haider griff auf das Almosensystem der Feudalherren zurück. Brot und Spiele, Sozialpolitik als Event.“ (Lackner/Kramar-Schmid 2009) Das Geld für diese Wohltaten fehlte allerdings. Sie wurden daher auf andere Art finanziert: durch den Verkauf des „Tafelsilbers“, darunter die Beteiligung an einer Energieholding oder von landeseigenen Spitälern und Liegenschaften. Letztlich handelte es sich um „Pyramidenspiele“ (ebd.). Wie war all das möglich?

Traditionell rekrutierten sich deutschnationale und großdeutsche Parteien in Österreich überwiegend aus Burschenschaften – auch Haider selbst war Mitglied in einer schlagenden Verbindung. Diese verloren seit den 1970er Jahren zwar an Bedeutung, aber in der FPÖ wirkte „der hierarchische Patriarchalismus der persönlichen und gruppenkonformen Verpflichtung und Schutzfunktion weiter.“ (Hauch 2000: 63) Die Selbstdarstellung Haiders und seine Auftritte im Wahlkampf entsprachen seiner Stellung in der Partei, die „im Lauf der Jahre auf ihn zugeschnitten worden“ war: „Sein Wort war Gebot, die Parteibasis hatte wenig Einfluss.“ (Narodoslawsky 2010: 32) Haider gelang es, rund um sich ein Männernetzwerk aufzubauen, dessen Mitglieder so skrupellos wie opportunistisch waren, und die sich dem Prinzip der „absoluten Gefolgschaft“ gegenüber dem Parteiführer verpflichtet fühlten (Hauch 2000: 64).⁵ Die waghalsigen finanziellen Machenschaften dieser Führungsqlique wären allerdings nicht mög-

5 Macht und Einfluss der deutsch-nationalen Burschenschaftler haben sich weit über Haider hinaus erhalten und unter H.C. Strache neuen Schwung bekommen. Während ihre Bedeutung in der Bevölkerung nicht mehr als 0,05 Prozent ausmacht, sind im 2017 neu gewählten Nationalrat

lich gewesen, wenn es ihr nicht gleichzeitig gelungen wäre, sich den vorgesehenen Kontrollen – wie etwa der Rechnungsabschlüsse durch den Landtag – weitgehend zu entziehen. Viele waren am Spiel der Vernebelung beteiligt, auch Nationalbank und Finanzmarktaufsicht zeigten keinerlei Neigung, die Transparenz zu erhöhen (Kompatscher et al. 2014).

So wenig Haider imstande war, seine großmäuligen sozialpolitischen Wohltaten finanziell tragbar umzusetzen, so konsequent verfolgte er seine Linie des Kampfes für die ethnische Reinheit des Bundeslandes. In Kärnten bot ihm die slowenische Minderheit und ein jahrzehntelang ungelöster Konflikt zu deren Status einen willkommenen Anlass, „Politik mit der Angst“ zu betreiben. Im Wahlkampf von 1999 wurde dafür der Slogan von der *Kärntner Urangst* vor einer bestehenden oder drohenden Slowenisierung beschworen: sei es, weil Slowenen in Kärnten auf dem Arbeitsmarkt und in der Schule bevorzugt würden, sei es, weil das Nachbarland Slowenien eine „großslowenische Politik“ verfolge (Bailer-Galanda 1995: 134ff).

Die Geschichte der Slowenen im heutigen Kärnten reicht mehr als ein Jahrtausend zurück und angesichts der Größe dieser Volksgruppe kam es 1920 zu einer Volksabstimmung, bei der sich die Mehrheit für den Verbleib von Südkärnten bei Österreich aussprach. Im folgenden Jahrzehnt wurden die Slowenen und ihre Kultur allerdings immer stärker ausgegrenzt oder auch negiert, indem Historiker die Gruppe der deutschfreundlichen Windischen konstruierten, während nationalbewusste Slowenen als Verräter galten. Im Nationalsozialismus wurde aus der versteckten eine offene Diskriminierung und die Parole ausgegeben: „Der Kärntner spricht deutsch!“. Slowenische Vereine wurden aufgelöst, Familien ausgesiedelt und es kam zu Massakern an Sloweninnen und Slowenen. Im Staatsvertrag von 1955 wurden ihnen Minderheitenrechte zugesichert, wozu gehörte, dass zweisprachige Ortstafeln aufzustellen waren. Dies wurde jedoch jahrelang nicht umgesetzt und der symbolische Streit darum sollte die nächsten Jahrzehnte andauern. Nachdem man unter der Regierung Kreisky 1972 ein „Ortstafelgesetz“ verabschiedete und zweisprachige Ortstafeln aufgestellt wurden, kam es in Kärnten zu Protesten und Zerstörungen, dem „Ortstafelsturm“. Es war Jörg Haider, der nicht nur den zweisprachigen Unterricht in Schulen immer wieder in Frage stellte, sondern auch andere nach wie vor schwelende Konflikte wieder hochkochen ließ und offen an frühere nationalsozialistische Parolen anknüpfte: „Kärnten bleibt deutsch“ (vgl. Klatzer/Breinecker 2017).

41 Prozent der FPÖ-Parlamentarier Mitglieder von Burschenschaften mit meist völkisch-antidemokratischer Ausrichtung (Riss/Sterkl 2017).

Die FPÖ in der Opposition ab 2006: „Soziale Heimatpartei“ und anhaltender Kampf gegen den Sozialstaat

Nachdem die FPÖ nicht mehr an der Bundesregierung beteiligt war und H.C. Strache sich an ihre Spitze gesetzt hatte, blieb die Partei, obwohl sie sich von ihrem früheren Übervater Jörg Haider abgewandt hatte, dessen Erfolgsrezepten treu, so dass viele Beobachter in Strache eine Art Haider-Klon sahen (auch er war im übrigen Mitglied in einer schlagenden Verbindung). Die Wahlkämpfe waren wiederum auf die Person des Parteivorsitzenden zentriert, der in ähnlicher Weise als „Retter“ dargestellt wurde. Hatte Haider seine Präsenz in erster Linie über das Fernsehen hergestellt, so entdeckten die Parteistrategen nun – früher und professioneller als diejenigen anderer Parteien – die neuen sozialen Medien für ihre Zwecke und positionierten ihre Kandidaten erfolgreich in ihnen. Strache machte sich zur Marke „HC“: „Die Partei gibt ihm dafür alle Plattformen: HC-Rap, HC-Comic, HC ohne Maulkorb, Facebook, Youtube. Und sie verpasst ihm alle möglichen Gesichter: Rapper, Christ, Partytiger, Comic-Held, Patriot, Türkenfeind, Serbenfreund.“ (ebd.: 341)

Inhaltlich erwies sich der Slogan *Österreich zuerst* trotz des Misserfolgs von 1993 nun als erfolgversprechend und stellte für die folgende Zeit einen Dauerbrenner dar. Ihm war im Parteiprogramm von 2005 ein eigenes Kapitel gewidmet und in demjenigen von 2011 avancierte er überhaupt zum allgemeinen Motto. Auch die Behauptung „Österreich ist kein Einwanderungsland“ fand ihren festen Platz in den folgenden Programmen (FPÖ Bildungsinstitut – Parteiprogramm 2005: Kap. IV, Art. 4; 2011: Abs. 2). Im Nationalrats-Wahlkampf von 2006 traten diese Botschaften in der bekannten Kurzform auf, wobei man sich wieder der bewährten Gegenüberstellungen mit Hilfe von „statt“-Formulierungen bediente. Die Kampfansage gegen Zuwanderung lautete nun *Deutsch statt ‚nix versteh’n*, diejenige gegen die österreichische EU-Mitgliedschaft *Heimat statt Schlüssel und Brüssel* (vgl. Narodoslawsky 2010: 126). Neben dem spät entdeckten Österreich-Patriotismus vollzog die traditionell antiklerikal ausgerichtete Partei um 2005 eine weitere Kehrtwende beim Thema Religion, was weniger mit neu entdeckter Gläubigkeit zu tun hatte, als damit, dass man die Ausländerfeindlichkeit auf diese Art spezifischer als Moslem-Feindlichkeit begründen konnte. Das Christentum bildete für die FPÖ nun das „Fundament Europas“: „Die Bewahrung der geistigen Grundlagen des Abendlandes erfordert ein Christentum, das seine Werte verteidigt.“ (FPÖ Bildungsinstitut – Parteiprogramm 2005: Kap. V) Dabei wurde nicht nur ein absehbarer Kulturkampf beschworen, den man durch vielfältige und in sich widersprüchliche Entwicklungen beschrieb, sondern die Islamisierung wurde auch als Frage der inneren Sicherheit hingestellt: „Die Probleme der Österreicher bekamen damit ein Gesicht – sei es die Frau mit dem Kopftuch oder der Kebab-Verkäufer

von nebenan... In den Angstszenerarien, die die FPÖ heraufbeschwor, konnte der Kebab-Verkäufer bald zu einer tickenden Bombe werden.“ (Narodoslawsky 2010: 132) Für die Europawahl 2009 plakatierte die FPÖ in der Sprache der Kreuzzüge *Abendland in Christenhand* und sorgte mit dieser Parole für gehörige Aufregung: „Drei Worte, für die die FPÖ öffentlich geprügelt wurde und sich währenddessen die Hände rieb. Denn sie hatte mit nur drei Worten das erreicht, was sie wollte: Aufmerksamkeit – die mediale Währung.“ (ebd.: 209)

Im Jahr 2008 kam es zu vorgezogenen Nationalratswahlen. Ungeachtet des eklatanten Widerspruchs zur Politik des Sozialabbaus, den die Partei zuvor mitgetragen hatte, setzte sie abermals verstärkt auf die soziale Schiene und verband das Thema mit ihrem Klassiker Ausländerfeindlichkeit: *Sozialstaat statt Zuwanderung* oder *Soziale Sicherheit für unsere Leut'* (Narodoslawsky 2010: 126, 177). In diesem Sinn trat die FPÖ ab 2010 unter dem Etikett *Die soziale Heimatpartei* an. Was sie darunter verstand, zeigte der außerordentliche Parteitag von 2013, der unter dem Motto stand: „Mit uns wird's gerecht“, und bei dem die bereits früher identifizierten Bedrohungen, insbesondere durch Zuwanderungen, wortreich beschworen wurden. Die Folgerungen daraus waren teils altbekannt (Schutz der Arbeitnehmer gegen „Massenzuwanderung“, Familiensplitting), teils neu (gegen den Bau von Moscheen) (FPÖ Bildungsinstitut: Sonderparteitag 2013).

Doch die Wahlanalysen von 2008 zeigten letztlich: „Der soziale Schwerpunkt im FPÖ-Wahlkampf war den freiheitlichen Wählern von Herzen egal. Sie gaben der FPÖ ihre Stimme, weil sie keine Ausländer wollten und von anderen Parteien enttäuscht waren.“ (Narodoslawski: 190) Dies setzte sich bis zu den Nationalratswahlen von 2013 fort, bei denen sich 33 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter, aber ebenso 25 Prozent der Angestellten und 18 Prozent der Selbständigen für die FPÖ entschieden. Die gemeinsame Klammer dieser verschiedenen Gruppen lag darin, dass sie in ihr eine „Partei für die Österreicher“ sahen und ihr eine besondere Kompetenz für die Themen Sicherheit, Kriminalität und Zuwanderung zusprachen. Mit ihnen punktete die FPÖ unter Strache und erlebte nach dem Debakel der zweiten Regierungsbeteiligung mit der ÖVP einen neuen Aufschwung. Im Jahr 2006 kam sie auf 11 Prozent, 2013 auf 20,5 Prozent der Stimmen (vgl. o.V. [News.at] 2013; SORA 2013). Auch die Wahl zum Bundespräsidenten von 2016 zeigte bei den regionalen Ergebnissen, dass Norbert Hofer als Kandidat der FPÖ keineswegs nur von den „Modernisierungsverlierern“ gewählt wurde: „Das stimmt zwar gewissermaßen für den Austro-Rust-Belt, die Obersteiermark, in der sich die Arbeitnehmer zu großen Teilen von der SPÖ ab- und der FPÖ zugewandt haben – wie seinerseits den Nazis –, aber nicht für das gesamte Land. Die FPÖ ist hier tief in die Mittelschicht eingebunden – ähnlich wie in Kärnten zu Jörg Haiders Zeiten.“ (Pink 2016).

Der freiheitlichen Rhetorik ist ihr Verhalten als Oppositionspartei im österreichischen Parlament gegenüberzustellen. Wann immer es Initiativen gab, mit denen eine Verbesserung sozialer Sicherheit oder ein tendenzieller Abbau von ungleicher Verteilung anvisiert wurde, sprach sich die FPÖ gegen entsprechende Anträge aus. Als es 2011 im Nationalrat um Arbeitsmarkt und Beschäftigung ging, lehnte sie die Ratifikation der *Europäischen Sozialcharta* für bessere Arbeitsbedingungen ab, ebenso wie 2013 verbesserte Übergangsgelder für Bauarbeiter oder 2014 ein Paket gegen Lohn- und Sozialdumping sowie Mittel für einen besseren Wiedereinstieg von älteren Langzeitarbeitslosen. Ähnlich verhielt sie sich bei Anträgen, mit denen die soziale Sicherung verbessert werden sollte, so widersetzte sie sich unter anderem 2010 der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, 2011 der Einführung und 2014 der Erhöhung des Pflegegeldes, 2016 der Abschaffung des Selbstbehalts für Kinder, die stationär im Krankenhaus versorgt wurden (Kontrast Redaktion 2017). Emmerich Tálos resümierte 2016: „Ich kann mich an kein einziges Sozialgesetz erinnern, bei dem die FPÖ im Sinne des sogenannten kleinen Mannes agiert hätte.“ (zit. bei Neuhold 2016) Selbst initiativ wurde die FPÖ dagegen (zusammen mit den neuen Kleinparteien Team Stronach und NEOs) 2015, als sie – damals noch erfolglos – die Auflösung der Pflichtmitgliedschaft in der Arbeiterkammer⁶ forderte (Kontrast Redaktion 2017).

Fazit: rechte Parteien als tragende Stimmen im neoliberalen Chor

Rechte Parteien in Europa haben einen gemeinsamen Nenner, wenn es um ihre Vorstellungen zu Nation, Volk, Heimat, Familie und traditionellen Werten geht, die für sie allesamt als bedroht gelten und für deren Rettung sie alleine in Frage kommen. Gleichzeitig vertreten viele von ihnen in Wirtschaftsfragen neoliberale Positionen, bei denen auf Marktkräfte, Privatisierungen und Leistungswilligkeit gesetzt wird, so dass sich ihr Wählerpotential stets auch auf Selbständige sowie (meist mittelständische) Unternehmer und Unternehmerinnen stützt – und keineswegs nur auf die „abgehängten“ Teile des Proletariats, was für die FPÖ ebenso wie für die AfD zutrifft (vgl. Plehwe 2014). Mit dem Sozialstaat, mit sozialstaatlichen Absicherungen und der Verteidigung von Rechten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben sie meist nichts am Hut und ignorieren entsprechende Forderungen oder lehnen sie als Ausdruck einer „Vollkasko-

6 Die Arbeiterkammer stellt die gesetzliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen dar. Sie bietet Beratung u.a. zu Arbeits-, Rechts- und Sozialfragen sowie zu Gesundheit und Konsumentenschutz an, außerdem betreibt sie auf diesen Gebieten umfangreiche Forschungs- und Öffentlichkeitsarbeiten.

https://doi.org/10.5771/97833645188070_29; pm: 86 06 0934_10; 0203
© Nomos, https://www.nomos-elibrary.de/agb

Mentalität“ ab. Dennoch inszenieren sich viele von ihnen als Anwälte der kleinen Leute oder, wie Armin Thurnher es auf den Punkt bringt: „... sie polemisieren nur gegen die Folgen des Neoliberalismus; die Ideologie selbst ist ihnen recht“ (Thurnher 2017). Manche, wie der eingangs zitierte Jörg Haider, oder auch die Dänische Volkspartei reklamieren für sich gar, die „Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts“ zu repräsentieren (Birke 2003). Dabei handelt es sich um eine Mogelpackung. Wenn sie sich fallweise für Sozialleistungen einsetzen, dann häufig in der vagen Formulierung „Wohlfahrt oder Masseneinwanderung“, wie sie von den Schwedendemokraten propagiert wird. Oder aber sie treten für punktuelle Projekte ein, die Migranten und Migrantinnen zusätzlich ausgrenzen sollen, wenn der französische Front National etwa getrennte Sozialkassen für diese fordert und die Auszahlung von Kindergeld und Sozialhilfe auf Inländer beschränken möchte (vgl. Steuer 2014; Schmid 2014). Auch die AfD hat die Gruppe der „kleinen Leute“ mittlerweile für sich entdeckt und sich in einem Strategiepapier für die Bundestagswahl 2017 vorgenommen, besonders zwei Gruppen anzusprechen: die „leistungsorientierten Arbeitnehmer“ und die „Bürger mit unterdurchschnittlichem Einkommen“. Selbst ein (in der Höhe allerdings unbestimmter) Mindestlohn wird gefordert, was intern allerdings hoch umstritten sein soll (vgl. Roeser 2017; Nocun 2016).

In Österreich war in den Jahren ab 1999 zu besichtigen, was es konkret bedeutet, wenn rechte Parteien an Regierungen beteiligt sind (die schwarz-blauen Bundesregierungen) oder sie maßgeblich bestimmen (in Kärnten): den Abbau sozialstaatlicher Sicherungen, der in dieser Zeit allerdings auch anderswo, ohne dass rechte Kräfte beteiligt sein mussten, auf der Tagesordnung stand; eine Illusion von Sozialpolitik, wenn nach der Art feudaler Fürsten gelegentlich Goldstücke unter das Volk geworfen wurden; verbesserte soziale Leistungen allenfalls im Rahmen traditioneller Familienvorstellungen, womit das Modell der Versorgerehe weiter zementiert wurde; eine autoritäre Regierungspraxis, die sich demokratischer Kontrolle weitgehend zu entziehen wusste, so dass aberwitzigen Projekten der Großmannssucht wie demjenigen der Expansion der Kärntner *Hypo* keine Steine in den Weg gelegt wurden. Bemerkenswert ist, dass es der FPÖ trotz dieser niederschmetternden Erfahrungen in den letzten Jahren abermals gelungen ist, sich als wichtiger Faktor in der österreichischen Politik zu etablieren. Allerdings zeigt ihre Entwicklung in den letzten dreißig Jahren, dass die Zustimmung zu ihrer „Politik mit der Angst“ immer wieder äußerst schwankend war: Auf Höhenflüge folgten oftmals dramatische Abstürze. Mittlerweile haben sich auch andere Mitspieler im politischen Geschehen neu positioniert. Fallweise kokettierten Teile der SPÖ mit FPÖ-Positionen, am konsequentesten betrieb dies angesichts der vorgezogenen Wahlen vom Oktober 2017 jedoch die unter Sebastian Kurz neuerdings türkis (statt schwarz) lackierte ÖVP, die sich unter anderem bei den Themen Zuwanderung und Flüchtlinge so

sehr darum bemühte, mit der FPÖ gleichzuziehen, dass „Strache nicht müde wurde, Kurz im Wahlkampf vorzuwerfen, er sei eine Kopiermaschine der Blauen.“ (Tóth et al. 2017) Der Gleichklang der beiden Parteien wurde bei fast 60% der Wählerschaft gut aufgenommen, so dass eine Neuauflage der schwarz-blauen Koalition zustande gekommen ist. Tiefgehende Übereinstimmungen haben die Partner nicht nur bei ihrem Wunsch nach einer rigorosen Anti-Flüchtlingspolitik, sondern vor allem auch im Sozialbereich bei den Zielen der Deckelung von Mindestsicherung und Notstandshilfe. Einig ist man sich auch im Wunsch nach einem institutionellen Umbau, der die jahrzehntelang etablierte Sozialpartnerschaft grundlegend schwächen – wenn nicht überhaupt zerstören – soll (Tóth et al. 2017). Für den österreichischen Sozialstaat, der in den letzten Jahrzehnten bereits ordentlich gerupft wurde, im westeuropäischen Vergleich aber immer noch eine Reihe früherer Errungenschaften bewahrt hat, wird ein derartiger Neustart mit Sicherheit desaströs.

Literatur

- Assheuer, Thomas 2000. *Volksgemeinschaft*. http://www.zeit.de/2000/07/200007.assheuer_haider_.xml (Zugriff vom 6.10.2017).
- Bailer-Galanda, Brigitte 1995. *Haider wörtlich – Führer in die Dritte Republik*. Wien: Löcker.
- Birke, Peter 2003. „Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts – Rechtsparteien in Dänemark“, in *Utopie kreativ* 156, S. 858-898.
- Bruss, Fritz 2008. „Deutschlands wirtschaftliche Stellung in der EU und in der Welt: Ein Vergleich mit Österreich“, in *Deutschlands Rolle in der Europäischen Union*, hrsg. v. Müller-Graff, Peter-Christian, S. 53-140. Baden-Baden: Nomos.
- Czernin, Hubertus 2000. „Wofür ich mich meinetwegen entschuldige“ – *Haider, beim Wort genommen*. Wien: Czernin Verlag.
- FPÖ Bildungsinstitut – *Parteiprogramme 1985, 2005, 2011*. <http://www.fpoe-bildungsinstitut.at/parteiprogramme-konzepte> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Grüne Bildungswerkstatt 2012. *Politik gegen die Menschen IV: FPÖ für Lohn- und Sozialdumping*. <https://www.stopptierechten.at/2012/08/01/fpo-fur-lohn-und-sozialdumping/> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Haider, Jörg 1993. *Die Freiheit, die ich meine – Das Ende des Proporzstaates – Plädoyer für die Dritte Republik*. Frankfurt a.M./Berlin: Ullstein Verlag.
- Haider, Jörg 1999. *Kärnten – Gemeinsam ins neue Jahrtausend*. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19990520_OTS0257/landeshauptmann-dr-joerg-haider (Zugriff vom 6.10.2017).
- Haider, Jörg 2006. *Interview von Christian Seiler für die Schweizer Weltwoche*. www.christianseiler.com/jorg-haider.html (Zugriff vom 19.3.2017).
- Hauch, Gabriella 2000. Geschlecht und Politik in der Freiheitlichen Partei Österreichs 1986 bis 2000, in *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 11, 3, S. 59-82.
- Klatzer, Jürgen 2016. *Im Dunstkreis der blauen Blüte*. <https://kurier.at/politik/inland/die-kornblume-geliebt-von-bismarck-symbol-der-alldeutschen-vereinigung-und-blumenschmuck-der-fpoe/198.127.906> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Klatzer, Jürgen; Breinecker, Christa 2017. *Kärnten: Wie man eine Volksgruppe unsichtbar macht*. <https://kurier.at/politik/inland/eine-analyse-ueber-christian-bengers-volksgruppenpolitik-wie-man-kaerntner-slowenen-unsichtbar-macht/245.718.130> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Kompatscher, Stefanie; Urschitz, Josef; Zirm, Jakob 2014. *Milliardengrab Hypo – Ein Drama in fünf Akten*. <http://diepresse.com/layout/diepresse/files/dossiers/hypo/index.html> (Zugriff 8.10.2017)
- Kontrast Redaktion. *Wie sozial ist die FPÖ? Ein Faktencheck*. <http://kontrast.at/wie-sozial-ist-die-fpoe-wirklich/>(Zugriff 27.10.2017)
- Lackner, Herbert 2009. *Zeitgeschichte-Serie 1989: Wie Jörg Haider die Anti-Ausländer-Politik erfand*. <https://www.profil.at/home/zeitgeschichte-serie-1989-wie-joerg-haider-anti-auslaenderpolitik-254612> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Lackner, Herbert; Kramar-Schmid, Ulla 2009. *Kärnten-Pleite: Haiders Vorzeigeland steht vor dem Finanzkollaps*. <https://www.profil.at/home/kaernten-pleite-haiders-vorzeigeland-finanzkollaps-257104> (Zugriff vom 8.10.2017).

- Linsinger, Eva; Lackner, Herbert 2014. *Hypo und die Folgen: Wie pleite Kärnten wirklich ist*. <https://www.profil.at/oesterreich/hypo-folgen-wie-kaernten-373667> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Mainoni, Eduard. *Interview von Oliver Geden*. <https://www.florian.klenk.com/2006/09/22> (Zugriff vom 29.10.2017)
- Meyer, Franziska; Schneider, Etienne; Schröcker, Silvia 2014. Gläubiger mit blauem Auge davongekommen – Die Abwicklung der Hypo Alpe Adria und die Konflikte im Block an der Macht, in *Kurswechsel 4*, S. 71-84.
- Merz, Carl/Qualtinger, Helmut 2009 [1961]. *Der Herr Karl (DVD)*. – Kurier Edition – Best of Kabarett 41. Wien: Hoanzl.
- Narodoslawsky, Benedikt 2010. „Blausprech“ – Wie die FPÖ ihre Wähler fängt. Graz: Leykam.
- Neuhold, Clemens 2016. *Der Klassenkampf macht bei der FPÖ blau*. <https://www.profil.at/oesterreich/klassenkampf-wirtschaft-fpoe-6228958> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Nikbakhsh, Michael; Kramer-Schmidt, Ulla; Staudinger, Martin 2011. *Schwarz-Blau: Regiert, geschmiert, kassiert*. <https://www.profil.at/home/schwarz-blau-regiert-291263> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Nocun, Katharina 2016. *Alternativlos neoliberal*. <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/alternativlos-neoliberal> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Obinger, Herbert; Tálos, Emmerich 2006. *Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau – Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition*. Wiesbaden: Springer VS.
- ORF 2007: *Die Waldheim-Affäre und ihre Folgen*. <http://wiev.1.orf.at/stories/200075> (Zugriff vom 8.10.2017).
- o.V. 2001. *Mutterglück? Mutterkreuz? Kärntner Kinderschick: Was davon bleibt 2001*. https://www.falter.at/archiv/FALTER_200103141809350013/muttergluck-mutterkreuz-karntner-kinderschick-was-davon-bleibt (Zugriff vom 8.10.2017).
- o.V. 2009. 3. Oktober 1999: *Haiders Triumph dauerte nicht lang*. http://diepresse.com/home/zeitgeschichte/510974/3Oktober-1999_Haiders-Triumph-dauerte-nicht-lang (Zugriff vom 6.10.2017).
- o.V. 2013. *Wahlmotive: Kontrolle und Protest 2013*. <https://www.news.at/a/nationalratswahl-wahlmotive-parteien> (Zugriff vom 8.10.2017).
- o.V. 2016. *Korruptionsvorwürfe gegen Grasser, Meischberger & Co*. <http://derstandard.at/2000041517255/Anklage-gegen-Grasser-Meischberger-und-14-weitere-Personen> (Zugriff vom 8.10.2017).
- ÖVP-FPÖ 2000. *Das vollständige ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm 2000-2003*. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/im-wortlaut-das-oevp-fpoe-regierungsprogramm-a-62888.html> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Pernicka, Susanne; Stadler, Bettina 2015. „Beschäftigungspolitik“, in *Politische Ökonomie Österreichs*, hrsg. v. BEIGEWUM, S. 260-274. Wien: mandelbaum verlag.
- Pink, Oliver 2016. *Die Steiermark ist das neue Kärnten*. <http://diepresse.com/home/innenpolitik/5132259/Die-Steiermark-ist-das-neue-Kaernten> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Plasser, Fritz; Ulram, Peter A. 2000. „Rechtspopulistische Resonanzen – Die Wählerschaft der FPÖ“, in *Das österreichische Wahlverhalten*, hrsg. v. Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.; Sommer, Franz, S. 225-241, Wien: Facultas.

- Plehwe, Dieter 2014. „Durchmarsch der nationalen Neoliberalen?“, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2, 14, S. 63-72.
- Preglau, Max 2017. *Umbruch der politischen Kultur in Österreich: die schwarz-blau/orange Wende 2000 und ihre Folgen. Max Preglau's Regierungs-Watch*. https://www.uibk.ac.at/soziologie/dokumentation/pdf/mitarbeiter/team/info_fpoe_preglau_max.pdf (Zugriff vom 8.10.2017).
- Prior, Thomas 2009. *Haupt-Sache Männer*. <http://diepresse.com/home/innenpolitik/488924/HauptSache-Maenner> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Riss, Karin; Sterkl, Maria. Blauer Klub in Burschenschaftlerhand, in *Der Standard*, 25./26.10. 2017.
- Roeser, Rainer 2017. *AfD auf der Suche nach den "kleinen Leuten", Blick nach rechts*. <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-auf-der-suche-nach-den-kleinen-leuten> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Schmid, Bernard 2014. *Wie Marine Le Pen den Front National modernisierte*. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/184221/wie-marine-le-pen-den-front-national-modernisierte> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Schnauder, Andreas 2014. *'Wo woar mei Leistung': Verfahren gegen Meischberger eingestellt*. <http://derstandard.at/2000005948813/Leistungs-frei-und-unbescholten> (Zugriff vom 8.10.2017).
- SORA 2013: *Wahlanalyse Nationalratswahl 2013*. http://strategieanalysen.at/wp-content/uploads/bg/isa_sora_wahlanalyse_nrw_2013.pdf (Zugriff vom 8.10.2017).
- Steuer, Helmut 2014. *Rechte Schwedendemokraten – Der Wolf im Schafspelz*. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/rechte-schwedendemokraten-der-wolf-im-schafspelz/10709346.html> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Tálos, Emmerich 2001: *Sozialpolitik zwischen konservativer Tradition und neoliberaler Orientierung – Eine Einjahresbilanz der ÖVP/FPÖ- Regierung*. http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/017_emmerich_talos.pdf (Zugriff vom 8.10.2017).
- Thurnher, Armin 2017: Der Neoliberalismus, das unbekannte Wesen. Was bringt Macron der Politik? in *Der Falter* 19/2017.
- Tóth, Barbara; Horaczek, Nina; Redl, Josef 2017. Willkommen im Basti-Bumsti-Land, in *Der Falter* 42/2017.
- Wodak, Ruth 2016. *Politik mit der Angst – Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*, Wien- Hamburg: Edition Konturen.
- Zotter, Christoph 2009. *Gönner und Pleitier*. <http://www.zeit.de/2009/42/A-Wirtschaftsbilanz> (Zugriff vom 8.10.2017).
- Die Angst und die Anderen*.